

Helmut Kohl vor dem Bundesvorstand:

Unsere Festigkeit führte zum Dialog der Supermächte

Der CDU-Bundesvorstand befaßte sich am Montag, 25. November 1985 in Bonn mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Genfer Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow. Dabei kam der Vorstand einmütig zu folgendem Ergebnis: Es ist ein gutes Zeichen, daß es zu einer gemeinsamen Erklärung des Präsidenten und des Generalsekretärs gekommen ist. In ihr sind — und das ist vielleicht das wichtigste — als Resultat des Gipfels weitere Begegnungen zwischen Reagan und Gorbatschow vereinbart worden.

Konkrete Schritte hin zur Abrüstung konnten von diesem Gipfel noch nicht erwartet werden. In der gemeinsamen Erklärung ist aber ein großes Ziel formuliert worden: Beide Supermächte wollen ihre Nukleararsenale um 50 Prozent verringern. Von den nächsten Treffen der beiden Politiker wird ungewiss, ob ein starker Druck ausgehen, dieses ange-

HEUTE LESEN SIE:

- **CDU-EXTRA**
Bemerkungen zum Rechenschaftsbericht der CDU für 1984 blauer Teil
- **DOKUMENTATION**
Keine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen grüner Teil
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
Neue Tips für die Mitgliederwerbung Seiten 17—19
- **FLUGBLÄTTER ZUR SACHE**
7 Pluspunkte beim Wohngeld Seite 6
Friedensnobelpreis für den Falschen Seite 9

Kommission erarbeitet Wahlprogramm

Der CDU-Bundesvorstand hat eine Kommission eingesetzt, die den Entwurf des Wahlprogramms für die Bundestagswahl im Januar 1987 erarbeiten soll. Auf Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl wurde Heiner Geißler zum Vorsitzenden der Kommission bestimmt. Weitere Mitglieder der Kommission sind Alfred Dregger, Ernst Albrecht, Lothar Späth, Norbert Blüm und Gerhard Stoltenberg. Die Kommission wird ihre Arbeit noch in diesem Jahr aufnehmen.

(Fortsetzung von Seite 1)

strebte Ziel einer Verringerung der nuklearen Waffen um die Hälfte zu erreichen.

Die Sozialdemokraten und die sogenannte Friedensbewegung haben vor zwei Jahren Kriegsangst geschürt und eine Eiszeit im Ost-West-Verhältnis prophezeit, falls die Bundesregierung den NATO-Doppelbeschluß und die Nachrüstung verwirklichte. Zu einer solchen Eiszeit ist es nicht gekommen. Die Lehre aus der Nachrüstung ist eindeutig:

Nur wer fest bleibt und sich nicht propagandistisch einschüchtern läßt, kann Sicherheit und Frieden garantieren. Die falschen Propheten der Friedensbewegung sind durch Genf eindeutig widerlegt worden. Die Festigkeit des Westens hat nun auch den Weg für einen Dialog der Supermächte und eine neue Initiative zur atomaren Abrüstung geebnet.

Es darf in Zukunft aber nicht bei der Abrüstung der Waffen bleiben. Zu Recht hat der amerikanische Präsident das Thema Menschenrechte auf die Tagesordnung in Genf gesetzt. Um zu einem stabilen und gerechten Frieden in der Welt zu kommen, brauchen wir eine zweite Form der Abrüstung. Über die Abrüstung der Waffen hinaus, die das Ziel hat, eine kriegerische Katastrophe in der Zukunft zu verhindern, brauchen wir eine Abrüstung von Folter, von Menschenrechtsverletzungen, von Unterdrückung und Gewalt. Die Nachfolgetreffen von Genf müssen Fortschritte bringen auch für diese zweite Form der Abrüstung.

Die Weltöffentlichkeit muß im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen wach bleiben, unabhängig davon, wo sie geschehen. Die Vereinten Nationen haben einen Bericht vorgelegt, in dem es heißt, Menschenrechtsverletzungen, darunter auch willkürliche Massenmorde an der Zivilbevölkerung, breiteten sich in Afghanistan immer mehr aus. In dem Bericht heißt es weiter, die kommunistische Re-

Aufgespießt

Am vergangenen Montag (25. 11. 1985) waren es genau zwei Jahre, daß die Schlußabstimmung über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen im Deutschen Bundestag nach einer zweitägigen Redeschlacht stattfand. Und da stand Willy Brandt und sagte: Wenn Sie jetzt stationieren, dann wird eine neue Eiszeit hereinbrechen.

Unser ruhiger, solider, aber schwieriger Weg hat sich als der richtige Weg erwiesen. Das müssen wir draußen deutlich sagen, damit es jeder im Lande auch wirklich hört und begreift.

Helmut Kohl auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Osnabrück

gierung Afghanistans führe mit Hilfe „ausländischer Truppen“ einen zunehmend brutaler werdenden Krieg und bringe ganze Gruppen von Personen und Stämmen in Gefahr. Der Abwurf von Miniaturbomben, die als Spielzeug getarnt sind, ist dabei eine besonders grausame Form der Kriegführung, da sie sich gezielt gegen Kinder richtet. Der Bericht nennt weiter die Anwesenheit von ausländischen Truppen als „einen der Hauptgründe für die gegenwärtige Lage der Menschenrechte in dem Land“. Wo bleibt hier der Aufschrei der Weltöffentlichkeit?

Die Abrüstung der atomaren Waffen auf beiden Seiten gehört zu den wichtigsten Zielen der Menschheit. Ebenso wichtig ist aber die Abrüstung von Folter, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen.

Der CDU-Vorstand beauftragte Generalsekretär Heiner Geißler, für die Sitzung des CDU-Bundesausschusses, des „Kleinen Parteitages“, am 9. 12. 1985 in Bonn den Entwurf einer Resolution zum Thema Menschenrechte vorzulegen.

Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung

Unter diesem Titel hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 23. November 1985 sein Jahresgutachten 1985/86 vorgelegt. Die fünf Waisen prognostizieren einen anhaltenden Aufschwung, der sich verstärkt fortsetzt und sich auch deutlich positiv auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. „In der Bundesrepublik Deutschland sind die Auftriebskräfte stärker geworden. Die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum sind besser als anderswo in Europa... Die Verfassung, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, läßt erwarten, daß 1986 wieder ein gutes, vielleicht ein noch besseres Jahr als 1985 wird. Der Aufschwung wird fort dauern, und mit ihm wird eine zunehmende Beschäftigung einhergehen.“

Die Prognosen für 1986 im einzelnen:

- Die Zahl der Beschäftigten wird 1986 um 300 000 zunehmen, nach rund 200 000 im Jahre 1985.
 - Die Ausrüstungsinvestitionen werden real um 9 Prozent steigen.
 - Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden 1986 um 5 Prozent zunehmen. „Nimmt man die anhaltend niedrige Teuerungsrate mit ins Bild, so bedeutet das einen Zuwachs an realer Kaufkraft, wie es ihn in den 80er Jahren bisher nicht annähernd gegeben hat.“
 - Die Verbraucherpreise werden mit 1,5 Prozent Anstieg nahezu stabil bleiben. 1985 stiegen sie um 2 Prozent.
- „Anhaltend kräftige Investitionen, aufgehender privater Verbrauch sowie eine deutliche Zunahme der Beschäftigung bei weitgehend stabilen Kosten und Preisen — das wird das dominierende Muster im

Konjunkturbild des Jahres 1986 sein... Werden unsere Annahmen und Einschätzungen im ganzen bestätigt, dann kommt die deutsche Wirtschaft 1986 wieder einen Schritt voran... Wichtiger als die zahlenmäßige Bilanz für das Prognosejahr ist die Perspektive für die Zeit danach. Nach unserer Einschätzung sind in den Marktentwicklungen keine Verspannungen angelegt, die dem Aufschwung ein Ende setzen könnten. Damit rückt die Möglichkeit, daß die deutsche Wirtschaft über das Jahr 1986 hinaus auf Wachstumskurs bleibt und die Beschäftigung weiter steigt, in den Bereich des wahrscheinlichen.“

Dazu schreibt die Presse:

Mindestens bis zum Jahr 1987 wird der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik anhalten. Die Prognose der Wirtschafts-Sachverständigen ist Musik in den Ohren des Bundeskanzlers.

General-Anzeiger, Bonn, 23. 11. 1985

★

Dies ist die gute Nachricht. Vier Jahre hintereinander solides und stabiles Wachstum das hat es in der Nachkriegszeit kaum gegeben. Vor allem nicht jene weiteren volkswirtschaftlichen Kennzahlen, von denen andere Industrieländer nur träumen können. Hohe Auslastung der Produktionsanlagen, glänzende Gewinne, 70 Milliarden DM Exportüberschuß, steigende Investitionslust, maßvolle Zinsen und eine Inflationsrate mit einer eins vor dem Komma.

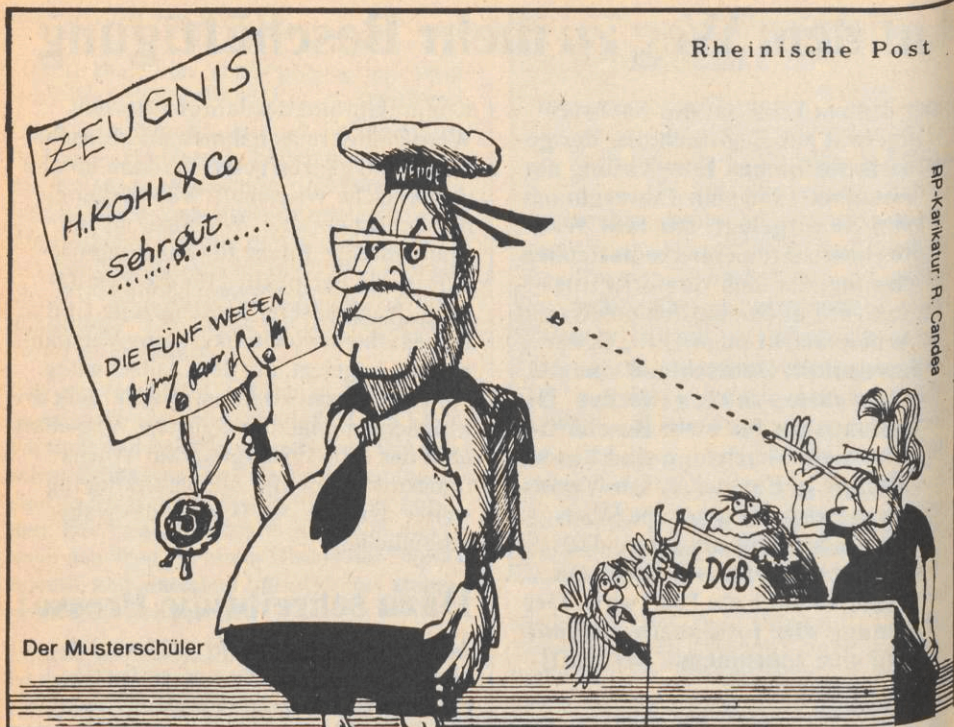
Neue Rhein-Zeitung, 23. 11. 1985

★

Bereits heute ist die Bundesrepublik Weltmeister in der Bekämpfung der Inflation und wirtschaftspolitischer Musterknabe Europas.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 23. 11. 1985

Rheinische Post



Die fünf Weisen haben gesprochen. Ihre Botschaft ist so froh wie seit vielen Jahren nicht mehr.
Abendzeitung, 23. 11. 1985

★

Ein Gutachten wie bestellt.
Süddeutsche Zeitung, 23. 11. 1985

★

Die strenge Sparpolitik von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, die nicht nur die Staatsfinanzen sanieren, sondern auch den Kapitalmarkt entlasten sollte, trägt jetzt endlich ihre Früchte.
Kölnische Rundschau, 23. 11. 1985

★

Pessimisten, die wirtschaftliches Unheil ahnen und nach neuen Rezepten rufen, werden durch dieses Gutachten nicht bestätigt. Nachdem schon die Bundesbank und die wissenschaftlichen Institute uns ein gutes Jahr 1986 voraussagten, haben die fünf

Weisen des Sachverständigenrates noch eine Schippe draufgelegt. 1986 wird, wenn ihre auf 500 Seiten zusammengetragenen Zahlen und Analysen nicht täuschen, geradezu ein Bilderbuchjahr.
Abendpost Nachtausgabe, 23. 11. 1985

Hilfe für die Bekämpfung von AIDS

Mehr als 10 Millionen DM stehen im Bundeshaushalt 1986 für Maßnahmen im Zusammenhang von AIDS zur Verfügung. Gegenüber der Regierungsvorlage werden die Ansätze im Beratungsverfahren damit um rd. 6 Millionen DM erhöht. Darüber hinaus werden nicht quantifizierbare Personal- und Sachmittel aus dem laufenden Haushalt in Anspruch genommen.

Helmut Kohl erinnert an die „Mietenlüge“ der SPD

Der CDU-Bundesvorstand befaßte sich auch mit der aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Lage. Am Vorabend der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages würdigte das CDU-Gremium die Konsolidierungspolitik der Regierung Helmut Kohl und von Finanzminister Gerhard Stoltenberg als „einer Politik der sozialen und marktwirtschaftlichen Erneuerung“.

Das jüngste Gutachten des Sachverständigenrates sei ein erneuter Beweis für die Richtigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und lasse den Schluß zu, daß der Aufschwung sich fortsetze und die Tendenz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze anhalte. Als positives Zeichen der Gesamtentwicklung wertete der Bundeskanzler beispielsweise auch die Tatsache, daß die Mieten in den letzten

zwölf Monaten mit einer Steigerung von nur 1,8 Prozent nahezu stabil geblieben seien. Helmut Kohl erinnerte in diesem Zusammenhang an die „Mietenlüge“ der SPD vor drei Jahren und meinte: „Der einzige Wohnungsbauskandal, den es in den letzten drei Jahren gegeben hat, ist der Skandal der Neuen Heimat.“

Der CDU-Vorstand befaßte sich darüber hinaus mit jüngsten Entwicklungen im Deutschen Gewerkschaftsbund. Mit ausdrücklichem Bedauern registrierte der CDU-Vorstand, daß es den gemäßigten Kräften der DGB-Führung nicht gelungen sei, die Jugendorganisation des DGB von Bündnissen mit Kommunisten und mit Gegnern der freiheitlichen Demokratie abzuhalten. Das Führungsgremium der CDU appellierte an den DGB, alles zu unternehmen, um den Charakter der Einheitsgewerkschaft nicht zu gefährden.

Bußgelder gegen Schwarzarbeit steigen weiter kräftig an

Die Bußgelder gegen Schwarzarbeit steigen weiter kräftig an: Wie aus Erhebungen der 42 Handwerkskammern in der Bundesrepublik Deutschland hervorgeht, betrug der Anstieg allein im ersten Halbjahr 1985 19,2 %. Insgesamt wurden dabei Bußgelder in Höhe von 3 704 900 DM verhängt. Da erfahrungsgemäß der überwiegende Anteil der Bußgeldbescheide in der zweiten Jahreshälfte verteilt wird, dürfte die Gesamt-Bußgeldsumme 1985 erstmals 9 Millionen Mark übersteigen und sich der 10-Millionen-Grenze nähern. Im vergangenen Jahr war die Bußgeldsumme um 22,5 % auf 8,3 Millionen DM angestiegen. Für den Zentralverband

des Deutschen Handwerks (ZDH) beweist der Bußgeldanstieg zwar ein weiteres schärferes Vorgehen der Bußgeldbehörden gegen Schwarzarbeiter; gleichzeitig werde deutlich, daß die Schwarzarbeit nach wie vor die „blühendste Wachstumsbranche“ in der Bundesrepublik bleibt. Das Handwerk schätzt, daß gut 10 % des Handwerksumsatzes und damit rund 40 Milliarden DM jährlich von Schwarzarbeitern umgesetzt werden. Nahezu 1 Million Bußgelder wurden im Bereich des Maurerhandwerks verhängt (937 739 DM), auf den Plätzen folgen das Dachdeckerhandwerk mit 504 129 DM und das Maler- und Lackiererhandwerk mit 296 081 DM. Unverändert stark ist aber auch das Kfz-Handwerk betroffen: 242 132 DM Bußgelder wurden in diesem Bereich verhängt.

Zur Sache:

Politik für den Bürger:

7 Pluspunkte beim Wohngeld

Ab 1. Januar 1986 gibt es mehr Wohngeld für 1.700.000 Haushalte. Das ist das wichtigste Ergebnis des verbesserten Wohngeld-Gesetzes. **Und das hat die Regierung Helmut Kohl im einzelnen durchgesetzt:**

Pluspunkt 1: Mehr Wohngeld

Die Obergrenze der berücksichtigungsfähigen Wohnkosten wird um durchschnittlich 20 Prozent erhöht.

Pluspunkt 2: Mehr Berechtigte

Um mehr als 20 Prozent werden die Einkommensgrenzen angehoben. So werden zusätzlich mehr als 100.000 Bürger wohngeldberechtigt.

Beispiel: Familie mit einem Kind. Monatseinkommen (Alleinverdiener): 2238 DM. Miete: 570 DM. Wohngeld: 177 DM.

Pluspunkt 3: Für Familien gilt zusätzlich

Kinderreiche Familien werden durch Kinderfreibeträge besonders berücksichtigt.

Beispiel: Für eine fünfköpfige Familie kann das Wohngeld bis zu 795 Mark im Monat betragen.

Pluspunkt 4: Gemeinsam leben – Jung und Alt

Zur Förderung des Zusammenlebens mehrerer

Generationen (Eltern, Kinder und Großeltern) wird ein Familienfreibetrag eingeführt. Das eröffnet eine sinnvolle und humane Alternative für ältere Familienmitglieder, die nicht im Heim oder alleine leben wollen.

Pluspunkt 5: Besondere Hilfe für Rentner

Rentner mit hohen Mieten werden entlastet.

Beispiel: Rentnerhepaar, zwei Renten zusammen 1.520 DM. Miete 580 DM. Wohngeld 223 DM.

Pluspunkt 6: Vorteile auch für Alleinstehende

Für Alleinstehende erhöht sich das Wohngeld um durchschnittlich 42 Mark.

Pluspunkt 7: In Zukunft mehr Gerechtigkeit beim Wohngeld

Die Wohngeldberechnung richtet sich künftig nach dem örtlichen Mietniveau: Bisher galt nämlich die Annahme, daß in kleinen Gemeinden geringere Mieten zu zahlen wären als in großen. Das trifft jedoch auf Randgemeinden von Großstädten nicht zu.

Dies alles zeigt:

Die Regierung Helmut Kohl schafft mit dieser Wohngeldnovelle mehr Gerechtigkeit. Das ist soziale Politik - erfolgreich und richtungsweisend.

DGB-Jugend paktiert mit Kommunisten

Was sich für professionelle Beobachter der Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner 17 Einzelgewerkschaften seit geraumer Zeit abzeichnete, ist nun auch für eine breite Öffentlichkeit deutlich sichtbar geworden: Auf ihrem langen Marsch durch die Institutionen haben kommunistische Systemveränderer einen weiteren wichtigen Etappensieg errungen. Für die im Hinblick auf die junge Generation wichtige Nachwuchsorganisation des DGB sind sie salon- und bündnisfähig geworden. Sie werden ihre Chance konsequent nutzen und dort ihre Machtbasis kräftig erweitern und propagandistisch ausnutzen.

Es ist für einen langjährigen demokratischen Gewerkschafter und Anhänger der Einheitsgewerkschaft unfaßbar, daß heute eine deutliche Mehrheit der Jugendfunktionäre des DGB in orthodoxen Kommunisten nicht mehr Anhänger und Förderer eines totalitären Systems sieht, das kontinuierlich die Menschenrechte verletzt, daß heißt vor allem Minderheiten brutal unterdrückt und politisch Andersdenkende gnadenlos verfolgt. In ideologischer Verblendung sieht sie in ihnen nur willkommene Bündnispartner bei der Verfolgung der langfristigen Strategie, aus unserem Land eine andere, sozialistische Republik zu machen. Die DGB-Jugend verkommt so zum „nützlichen Idioten“ (Lenin) im Rahmen einer Entwicklung, an deren Ende nach den Vorstellungen der Kommunisten das Gesellschaftssystem des real existierenden Sozialismus östlicher Prägung stehen soll, stellt Adolf Müller (Remscheid), MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest. Spätestens jetzt müßten in den Führungsetagen des DGB und seiner Einzelge-

werkschaften die Alarmglocken schrillen. Wer den Erzfeinden unseres freiheitlich-demokratischen und sozialen Gemeinwesens die Hand zum Bündnis reicht, gefährdet zugleich die Existenz freiheitlicher Gewerkschaften. Ernst Breit und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften müssen zu diesem skandalösen Beschluß Stellung nehmen und in ihren Organisationen ein Machtwort sprechen nach dem Motto: Wehret den Anfängen, ehe es zu spät ist!

Dazu schreibt Horst Niggemeier in der Zeitung „Welt am Sonntag“:

„Eine Konferenzmehrheit lehnte es nach heftigen Diskussionen ab, einem Antrag der IG Chemie — der von der Jugend der Bauarbeiter, Bergleute und Eisenbahner unterstützt wurde — zu folgen. Darin heißt es zur sogenannten Bündnispolitik unter anderem: ‚Ein Bündnis mit Organisationen, die in totalitären Gesellschaftssystemen oder undemokratischen Staatsformen das Ziel ihrer politischen Betätigung sehen, kommt nicht in Frage.‘

Die eigene Freiheit zu benutzen, um sich den Befürwortern einer unfreiheitlichen Ideologie als Bündnispartner an den Hals zu werfen, ist schon ein starkes Stück Polit-Masochismus.“

Teure Folgekosten

Die Hamburger CDU hat ausgerechnet, daß der Ausstieg der — von der Hansestadt kontrollierten — Hamburgischen Elektrizitäts-Werke aus dem Kernkraftwerk Brokdorf insgesamt 200 Millionen Mark Verlust erbracht hat, für den Hamburgs Steuerzahler und Stromkunden aufkommen müssen. Die Folge: „Strom ist in Norddeutschland — für die Haushalte — nirgendwo so teuer wie in Hamburg.“

Kinder sterben durch Moskaus Spielzeugbomben

Die Menschenrechte im von sowjetischen Truppen besetzten Afghanistan werden immer häufiger und immer schwerwiegender verletzt. Zu diesem Urteil ist ein Sonderberichterstatte der UNO-Menschenrechtskommission gekommen.

In seinem Afghanistan-Bericht für die Vollversammlung der Vereinten Nationen wirft der Beauftragte, der österreichische Jurist und Parlamentarier Felix Ermacora, den regierungstreuen und den sowjetischen Truppen — ohne sie beim Namen zu nennen — folgende Rechtsbrüche vor: Einsatz von Tretminen sowie Bomben, die als Spielzeug getarnt sind, unterschiedslose Massentötungen von Zivilpersonen, vor allem Frauen und Kinder, den zunehmenden Einsatz schwerer Waffen mit der größten zerstörerischen Wirkung, die systematische Diskriminierung von Menschen, die nicht der herrschenden Demokratischen Volkspartei angehören, die Verweigerung des Kriegsgefangenenstatus für Mitglieder der Oppositionsbewegungen.

Als „die schrecklichste Art“ aller geschilderten Vorfälle werden die Explosionsfolgen von Minen und Spielzeugbomben bezeichnet. Die Sprengkörper, die in der Regel von Hubschraubern über angebliche Rebellengebiete abgeworfen würden, sähen aus wie Mundharmonikas, Radios oder Federhalter. Ein Bombentyp sei als Vogel getarnt. Wenn man einen der Flügel bewege, werde der Zünder betätigt. Ermacora berichtet, ihm seien Fotos von Kindern zwischen acht und 15 Jahren vorgelegt worden, denen bei der Explosion solcher Sprengkörper die Hände oder die Beine abgerissen worden seien.

Vorfahrt für das abgasarme Auto

Beim umweltfreundlichen Auto geht der Bund voran. Alle Dienstfahrzeuge der Bundesverwaltung, die nicht vor 1988 zur Aussonderung anstehen, werden ab 1986 mit typgeprüften Abgassystemen, die jeweils den höchsten Wirkungsgrad erreichen, ausgestattet.

Sandinisten behinderten Hilfsaktion für Kolumbien

Die Vulkan-Tragödie von Armero hat in Kolumbien, aber auch in der übrigen Welt eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Aus 40 Ländern wurden 140 Tonnen Medikamente, 225 Tonnen medizinische Geräte, 670 Tonnen Lebensmittel mit einem Wert von insgesamt 30 Millionen Dollar hereingeflogen. Über 300 Experten aus dem Ausland helfen den Opfern, darunter 110 amerikanische Soldaten und 60 Feuerwehrleute aus dem ungeliebten Venezuela. Die Geldspenden betragen inzwischen zehn Millionen Dollar.

In den Zeitungen werden die Beiträge der einzelnen Länder ausführlich aufgeführt. Der Tiempo vergaß freilich nicht, auf die ungewöhnlich schwache Reaktion im Ostblock hinzuweisen. Lediglich die Sowjetunion und die Tschechoslowakei haben sich gerührt, so schreibt das Blatt. Die Kubaner hätten nur ein Solidaritätstelegramm geschickt, und die Sandinisten hätten sogar den aus Belice kommenden englischen Hubschraubern das Überfliegen Nicaraguas verboten (aus „FAZ“ vom 25. 11. 1985).

Zur Sache:

Protest!

Friedensnobelpreis für den Falschen

Am 10. Dezember 1985 soll der sowjetische Arzt und Parteifunktionär Dr. Jewgeni Tschasow stellvertretend für die „Internationale Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges“ den Friedensnobelpreis in Empfang nehmen.

Dagegen hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands Protest eingelegt. Wir halten es für unverantwortlich, daß Dr. Tschasow ausgerechnet am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, den Friedensnobelpreis erhält.

Warum?

1. Dr. Tschasow ist Mitglied des Obersten Sowjets, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und stellvertretender Gesundheitsminister der UdSSR. In dieser Eigenschaft ist er mitverantwortlich, daß sowjetische Besatzungstruppen seit fünf Jahren einen blutigen Krieg gegen das afghanische Volk führen.

2. Dr. Tschasow ist mitverantwortlich für Verletzungen der Menschenrechte in der Sowjetunion. So hat er 1973 einen Aufruf gegen den Wissenschaftler und Bürgerrechtler Andrej Sacharow unterzeichnet und damit wesentlich zu der Verleumdungskampagne und zur Verfolgung dieses Friedensnobelpreisträgers beigetragen.

Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Vergabe des Friedensnobelpreises ein Ereignis von hohem politischen und moralischen Rang. Der Friedensnobelpreis wird nicht mehr viel wert sein, wenn ein Mitglied der sowjetischen Regierung denselben Preis ausgehändigt bekommt, den eben diese sowjetische Regierung Sacharow anzunehmen verboten hat.

Dr. Tschasow ist für die Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion mitverantwortlich. Er kann deshalb auch nicht glaubwürdig für den Frieden zwischen den Völkern eintreten. Denn die Spannungen zwischen Ost und West sind nicht in erster Linie begründet in der Existenz von Waffen, sondern in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur.

Es gibt keinen wahren Frieden ohne die Achtung der Menschenrechte.

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

Besorgnis in Bonn über die Terrormethoden der IG Metall

Mit Besorgnis schauen Bonner Regierungsvertreter auf die zunehmende Radikalisierung in den Reihen der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall. Diese Besorgnis gilt zugleich der nachlassenden Aufmerksamkeit der deutschen Medien. „Vom Wächteramt der deutschen Presse ist da nicht mehr viel zu spüren“, bemerkte ein hoher Regierungsvertreter im Zusammenhang mit der Tatsache, daß nahezu kommentarlos die sogenannte Mahnwache von IG Metall-Vertretern vor dem Wohnhaus des CDU-Politikers Rudolf Seiters in Papenburg hingenommen wurde.

IG Metall-Funktionäre waren mit Fackeln vor dem Haus des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der sich für die Änderung des Paragraphen 116 AfG ausgesprochen hat, aufgezo-gen und hatten auf diese Weise in einer gespenstischen Form von Sippenhaft Frau und Kinder von Seiters geängstigt.

Seiters selbst sagte uns dazu: „Es ist beschämend, daß Organisationen des DGB vor Methoden der Einschüchterung auch im Privatbereich von Politikern nicht zurückschrecken.“

Im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion rufe ich daher in aller Form den DGB-Vorsitzenden Breit auf, für Mäßigung in den eigenen Reihen zu sorgen. Wir leben in dem freiheitlichsten, friedlichsten und demokratischsten Staat, den es jemals auf deutschem Boden gegeben hat. Meinungsverschiedenheiten müssen hart aber sachlich ausgetragen werden. Wer radikal redet, läuft Gefahr auch radi-

kal handeln zu müssen. Nicht derjenige, der in der umstrittenen Frage der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit Rechtssicherheit will, gefährdet den sozialen Frieden, sondern diejenigen, die demokratisch gewählt und vom Volk mit der Regierung beauftragte Politiker unter Druck setzen will und diffamiert.“

Der Bund ist Vorreiter mit Ausbildungsplätzen

Der Bund ist Vorreiter bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Dies gilt für das Jahr 1985, noch mehr aber für das Jahr 1986. Dafür haben die Haushaltsberatungen gesorgt.

Im laufenden Jahr werden in der Bundesverwaltung — ohne Bundesbahn, Bundespost und Beamtenanwärter — insgesamt 7 082 Jugendliche ausgebildet. Für das Jahr 1986 werden — ebenfalls ohne Bundesbahn, Bundespost und Beamtenanwärter — sogar 8 279 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt (+ 17%). Damit wurde die Zahl der Ausbildungsplätze seit der politischen Wende in Bonn mehr als verdoppelt. Diese Bilanz zeigt, daß die Koalition der Mitte nicht nur von anderen, z. B. der Privatwirtschaft, fordert, sondern daß sie im eigenen Bereich mit gutem Beispiel vorangeht.

Nicht zum Vergleich, aber zur Erinnerung: Der DGB bildet in diesem Jahr erstmals junge Leute aus. Er hat sich damit in den Kreis der Auszubildenden eingereiht: Mit 4 Ausbildungsplätzen. Herzlichen Glückwunsch!

So untergraben die Sozialdemokraten westliche Verhandlungserfolge...

Die Gemeinsame Erklärung von SPD und der Kommunistischen polnischen Arbeiterpartei (PVAP) ist ein erneuter Beweis für die Neben- und Gegen-Außenpolitik und für die Unberechenbarkeit der SPD in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Nach dem SPD/SED-Abkommen über eine chemiewaffenfreie Zone ist dies das zweite Beispiel, mit dem sich die SPD trotz massiver Kritik gegen die Politik des Bündnisses stellt.

Um der parteipolitischen Profilierung willen verläßt die SPD nicht nur Bündnispositionen, sie untergräbt jetzt sogar die in langen und mühsamen Verhandlungen erzielten westlichen Verhandlungserfolge, erklärt Volker Rühle, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Westen hatte erst kürzlich in Zusammenarbeit mit den neutralen und blockfreien Staaten erreicht, daß der Osten fast all seine Propaganda-Vorschläge, wie chemie- und atomwaffenfreie Zonen, vom Tisch genommen hat, damit jetzt endlich über konkrete vertrauensbildende Maßnahmen verhandelt werden kann.

Mehr Mittel für arbeitslose Jugendliche

Die Mittel für Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche werden gegenüber 1985 um 35 Millionen DM auf 105 Millionen DM erhöht. Damit werden in 1986 die Arbeitsmarktchancen arbeitsloser Jugendlicher bei der beruflichen Eingliederung erheblich verstärkt. Darüber hinaus

Nun bringt die SPD diese Propaganda-Vorschläge durch ihre Gemeinsame Erklärung mit der regierenden Kommunistischen polnischen Arbeiterpartei PVAP wieder in die Diskussion und verschafft damit dem Osten einen Anlaß, sie bei passender Gelegenheit wieder gegen den Westen zu präsentieren. Und in der Frage des Gewaltverzichts übernimmt die SPD die Hauptforderung des Ostens nach einem Gewaltverzichtsvertrag und stellt sich auch damit gegen die Position des Westens und der meisten neutralen und blockfreien Staaten.

Wie schon beim SPD/SED-Abkommen stellt sich die SPD für diese Gemeinsame Erklärung mit der PVAP gegen die NATO, während die PVAP voll die Positionen des Warschauer Pakts wahr.

Nach dem erfolgreichen Abschluß des Genfer Gipfeltreffens kommt es jetzt für alle und damit auch für die SPD darauf an, die positiven Impulse von Genf zu verstärken und sie nicht durch eine Neben-Außenpolitik, die nur falsche Signale setzt und damit zu Fehleinschätzungen führt, zu unterlaufen. Deshalb ist diese Gemeinsame Erklärung geradezu kontraproduktiv.

begrüßen es die Koalitionsfraktionen, daß im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen so verstärkt werden, daß in 1986 im Jahresdurchschnitt 100 000 Teilnehmer berücksichtigt werden können. Seit 1982 wird somit die Zahl vornehmlich schwer vermittelbarer Arbeitsloser, die im Rahmen dieses Programmes Arbeit finden, verdreifacht.

Offensive zum Schutz des ungeborenen Lebens

Im Mittelpunkt des Deutschlandtages der Jungen Union vom 22. bis 24. November in Osnabrück stand neben der Beratung von Leitanträgen zum Schutz des ungeborenen Lebens und zur Gentechnologie eine zweieinhalbstündige Diskussion mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl.

Zu Beginn des Deutschlandtages forderte der Bundesvorsitzende Christoph Böhr die Union auf, Zukunftsthemen wie Gentechnologie und künstliche Befruchtung nicht zu verdrängen, sondern offen und kontrovers zu diskutieren. Böhr setzte sich dafür ein, daß der Schutz des ungeborenen Lebens nicht hinter der Sorge um den deutschen Wald und um die Robbenbabys zurückstehen darf. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte dazu unter starkem Beifall der 320 Delegierten unmißverständlich klar: „Die Einstellung zum ungeborenen Leben ändert sich über die Gesinnung der Bürger, und nicht über Gesetze.“

Nach dem Beschluß des Deutschlandtages sollen alle Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens der Verbesserung und Erweiterung der Konfliktberatung, einer erkennbaren finanziellen Entlastung derer, die Kinder aufziehen, sowie der Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung und der beruflichen Perspektiven berufstätiger Mütter dienen.

Ausdrücklich begrüßt wurden in diesem Zusammenhang die Entscheidungen der Bundesregierung zum Erziehungsurlaub und zum Erziehungsgeld, zur Beschäftigungsgarantie, zur Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht und zur steuerlichen Entlastung von Familien.

Die Junge Union fordert, den § 218 b StGB dahingehend zu ändern, daß eine strikte zeitliche Trennung von Beratung, Indikationsfeststellung und Abtreibung im Gesetz festgeschrieben wird. Anträge auf Änderung der strafrechtlichen Bestimmungen und zum Verzicht auf die Finanzierung des Schwangerschaftsabbruchs aufgrund sozialer Notlagenindikation durch die Krankenkasse fanden keine Mehrheit.

Der Beschluß zur Gentechnologie fordert das Verbot der Experimente an menschlichen Embryos sowie an Samen- und Eizellen. Künstliche Befruchtung soll nur bei verheirateten Paaren vorgenommen werden dürfen.

Mit großer Mehrheit wurde Christoph Böhr als Bundesvorsitzender wiedergewählt. Zu Stellvertretern wurden Roland Koch (LV Hessen) und Heinrich Wiedemann (LV Bayern) gewählt. Als Schatzmeister wurde Albrecht Geier (LV Baden-Württemberg) wiedergewählt.

Gespräche über SDI und Eureka

Zum SDI-Projekt und zu „Eureka“ nehmen die CDU und die italienischen Christdemokraten eine gemeinsame Haltung ein. Das ist das Ergebnis der Gespräche, die eine Delegation von DC-Abgeordneten unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Mario Segni mit maßgeblichen CDU-Politikern in Bonn geführt hat. Unter anderem trafen die italienischen Christdemokraten mit Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, dem stellvertretenden CDU/CSU Fraktionschef Volker Rühle sowie mit dem Abgeordneten Markus Berger als Vorsitzenden des CDU-Bundesfachausschusses Verteidigungspolitik zusammen. Weitere Themen der Gespräche waren die Zusammenarbeit innerhalb der NATO und Fragen der europäischen Verteidigungspolitik.

96 Prozent für Eberhard Diepgen – „Dienen nicht bedienen!“

Die Berliner CDU konnte auf ihrem 71. Landesparteitag am 22./23. November eine stolze Bilanz ziehen: die Koalition mit den Liberalen war vom Wähler bestätigt worden, die SPD ist auf einem Tiefpunkt der Wählergunst angelangt und weiß nicht einmal, ob sie die Talsohle schon durchschritten hat. Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister, wurde als Landesvorsitzender mit fast 96 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt, und Klaus Landowsky, sein Kandidat für das Amt des Generalsekretärs, erhielt ebenfalls eine gleichhohe Mehrheit.

Günter Straßmeir, der nach vier Jahren im Amte nicht wieder für den Generalsekretär kandidiert hatte, blieb dem Landesvorstand als stellvertretender Landesvorsitzender mit einer satten Mehrheit erhalten ebenso wie Peter Kittelmann, MdB, Lieselotte Berger als Vorsitzende des Bundestags-Petitionsausschusses auch liebevoll Notrufsäule der Nation genannt, Egon Hartung und Volker Hassemer.

Der Parteitag stand im wesentlichen unter dem Thema wie die CDU sich in Berlin auf ihre Rolle als Regierungspartei – voraussichtlich für einen längeren Zeitraum – einrichtet. Eberhard Diepgen zierte mit Befriedigung aus einer SPD-Wahlkampfanalyse, in der es heißt: „Die CDU, nicht die Sozialdemokratie, war die moderne Großstadtpartei. Ihre Mitglieder waren motivierter und mobilisierter. Ihr Apparat leistungsfähiger. Ihr Erscheinungsbild farbiger, professioneller.“ Klaus Landowsky, der sich in Zukunft verstärkt um die politischen Inhalte der Parteiarbeit kümmern wird, gab Entwick-

lung und Richtung an: „Unter Peter Lorenz hatte sich die Union zu einer modernen Großstadtpartei geöffnet, unter Richard von Weizsäcker war es uns gelungen, letztlich mit Hilfe eines Plebiszit die Regierung in dieser Stadt zu übernehmen, und unter Eberhard Diepgen ist es uns erstmalig gelungen, eine bürgerliche Regierung unter Führung der Union mit einer Zustimmung von mehr als 55 Prozent in die Verantwortung zu rufen. Erfolge dieser Art werden nur auf Dauer gehalten werden können, wenn auch die Inhalte unserer Politik mit den Persönlichkeiten, die diese Politik vertreten, korrespondieren. Die Inhalte aber, wie sich unsere Gesellschaft entwickeln soll, zu bestimmen, ist vornehmste Aufgabe einer Partei.“

Günter Straßmeir wies in seinem Abschluß-Bericht als Generalsekretär darauf hin, daß sich die Partei in der letzten Zeit verändert habe. Die Umgangsformen seien härter geworden, die zur Mehrheitsfindung eingesetzten Mittel robuster und die Geborgenheit, Behaglichkeit und Nestwärme, die das Klima der Union in der ersten Nachkriegszeit ausgezeichnet hätten, seien zurückgegangen. In der Parteiarbeit gehe es aber nicht nur um Mehrheiten, sondern vor allem um Menschen mit gleichen Wertvorstellungen, die sich zusammengefunden hätten. „Der Wechsel vieler Wähler von der SPD zu uns war diktiert vom Kopf, nicht vom Herzen. An uns liegt es jetzt, aus dem rational bestimmten Wechselwähler einen überzeugten Anhänger zu machen, der sich bei uns heimisch fühlt.“

In das gleiche Horn stieß Eberhard Diepgen mit der Feststellung, nicht die Sozial-

demokraten, sondern die Christlich Demokratische Union sei heute die Partei der Arbeitnehmer in der Stadt. Und weiter:

„Die Berliner spüren, daß das Ansehen der Stadt gestiegen ist. Auch die Zustimmung zur Anwesenheit der alliierten Schutzmächte steigt wieder. Bei allen Generationen. Aber die Politik kann nicht nur Wohltaten verteilen, die Zeiten können auch härter und schwieriger werden. Vor allem: Wir dürfen nicht der Arroganz der Macht verfallen. Wir wollen anknüpfen an das preußische Staatsverständnis im besten Sinne: zu dienen, nicht zu herrschen. Ich habe keine Angst vor der Opposition, vor dem politischen Gegner. Weit und breit gibt es keine attraktive Alternative zu unserer Politik. Aber ich habe Angst vor falschen Freunden und denen, die ihr Pöstchen ausnutzen und uns alle damit in Mißkredit bringen. Ich sage in aller Deutlichkeit: Wer nicht dient, sondern sich selbst bedient, der fliegt raus!“

Durch die Reden der führenden Sprecher zog sich wie ein roter Faden das Bemühen, der Gefahr des Übermuts und der Arroganz der Macht zu entgehen und in ehrlicher Weise die Sorgen und Interessen der Bürger aufzunehmen und im Rahmen des Möglichen umzusetzen. Dazu Diepgen: „Wer Probleme vor sich herschiebt, verhält sich wie jemand, der immer wieder verschiebt, zum Zahnarzt zu gehen. Die Schmerzen werden später um so größer. Also lieber rechtzeitig gehen, denn hinterher ist man froh, wenn man es geschafft hat.“

Zur Deutschlandpolitik sagte Diepgen, sie werde durch Geschwätzigkeit belastet. Unter Hinweis auf Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine und des Berliner SPD-Landesvorsitzenden Egert machte Diepgen deutlich: „Jeder muß sich darüber im klaren sein,

was es bedeutet, im Widerspruch zum Grundgesetz die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft aufgeben zu wollen. Wir werden nicht zulassen, daß ein Potsdamer, der nach Hannover übersiedelt, zum Asylbewerber wird, und wir werden nicht zulassen, daß die Berliner zu Staatenlosen werden!“ Nachdrücklich sprach sich Diepgen jedoch für Fortschritte im deutsch-deutschen Dialog aus.

Baden-Württemberg: 1986 an allen Tankstellen „bleifrei“

Spätestens Ende 1986 werden die Autofahrer an allen Autobahntankstellen in Baden-Württemberg bleifreien Kraftstoff tanken können. Ein entsprechendes Programm wurde zwischen dem Bundesminister für Verkehr, der Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen und dem Land Baden-Württemberg vereinbart. Dies geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Roland Schröbele hervor.

Hüter der innerparteilichen Gerechtigkeit

„Über innerparteiliche Gerechtigkeit zu wachen, ist eine Aufgabe von großem politischem Gewicht.“ Unter dieses Motto stellte Generalsekretär Heiner Geißler die Feierstunde, mit der das Bundesparteigericht der CDU im Bonner Konrad-Adenauer-Haus seinen 25. Geburtstag begeht. Geißler dankte im Namen des Bundeskanzlers und der gesamten CDU-Führung den Mitgliedern der Parteigerichte auf allen Ebenen der CDU. Ein besonderes Wort des Dankes widmete er Dr. Heinrich Barth, der dem Bundesparteigericht seit seiner Gründung im Jahre 1960 angehört, und der seit 20 Jahren Vorsitzender des Parteigerichtes ist.

Überkommene Denk- und Handlungsmuster korrigieren

Der 43. Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe am 16. November 1985 in Lüdenscheid stand unter dem Motto „Unsere Politik für mehr Beschäftigung“. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von MdB Norbert Lammer hatte im Auftrag des Landesvorstandes dazu den Leitantrag formuliert.

Die Kreisverbände hatten in Vorbereitung des Landesparteitages in öffentlichen Anhörungen die arbeitsmarktpolitischen Thesen des Landesvorstandes mit den betroffenen gesellschaftlichen Gruppierungen — unter anderem mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Arbeitsämtern — diskutiert.

In dem Leitantrag spricht sich die CDU Westfalen-Lippe für eine Korrektur überkommener Denk- und Handlungsmuster aus. Nur so könne langfristig die hohe Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Eine wesentliche Ursache der Krise wird in der zu niedrigen volkswirtschaftlichen Wertschöpfung gesehen. Allerdings flüchtet die CDU Westfalen-Lippe nicht in Wachstums-Illusionen. Sie warnt vielmehr davor, ein forciertes Wirtschaftswachstum erzeugen zu wollen. Staatliche Wirtschaftspolitik müsse das Leistungsvermögen in Wirtschaft und Gesellschaft systematisch fördern und auf diese Weise eine stetige Weiterentwicklung der Wirtschaft ermöglichen.

Ergänzend seien Innovationen auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und beschäftigungswirksame Maßnahmen zu nutzen.

Die Sozialpartner werden aufgefordert, ihre Verantwortung für Wachstum und

Beschäftigung wahrzunehmen. Arbeitgeber und Gewerkschaften müßten sich in einer sozialen Allianz für Investitionen zusammenschließen. Die Löhne in der Bundesrepublik seien nicht generell zu hoch, sondern zu wenig differenziert. Lohnvereinbarungen müßten den unterschiedlichen Rentabilitätsbedingungen verschiedener Branchen und Regionen stärker Rechnung tragen.

Weiter stellt die CDU Westfalen-Lippe fest, daß nur die Bereitschaft und Fähigkeit zu Innovation und Qualifikation dem einzelnen neue Beschäftigungschancen eröffne.

Da Arbeit sich immer weniger auf Erwerbsarbeit reduzieren lasse, fordert der Landesverband ein neues Verständnis von Arbeit. Ein zunehmender Teil der Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft entstehe durch eine Vielzahl unterschiedlicher Tätigkeiten, die zwischen bloßem Hobby und Erwerbsarbeit liegen. Diese Alternativen zu herkömmlichen Formen der Erwerbsarbeit müßten gesellschaftlich anerkannt und im Steuer- und Sozialversicherungsrecht berücksichtigt werden. Dies sei insbesondere deshalb unverzichtbar, weil die traditionelle Verknüpfung der Organisation der Arbeitsmärkte mit der Organisation und Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme an die Grenze ihrer Tragfähigkeit gekommen sei. Aufgrund dieser Entwicklungen müsse überprüft werden, ob die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme von den Arbeitsverhältnissen abzukoppeln sei. In diesem Zusammenhang hält die CDU Westfalen-Lippe eine vollständige Entkoppelung weder für möglich noch für wünschenswert. Sie ist aber bereit, die mit

den gegenwärtigen Regelungen verbundenen, offensichtlichen Probleme politisch aufzuarbeiten und an neuen Lösungen mitzuarbeiten, die mittel- und langfristige tragfähig sind.

Biedenkopf: ein Beitrag zur nächsten Legislaturperiode

Der Landesvorsitzende, Kurt H. Biedenkopf, machte in seiner Rede auf die Bedeutung des Themas aufmerksam. Er sagte: „Der Beitrag, den wir mit diesem Parteitag leisten, ist ein Beitrag zur Vorbereitung der nächsten Legislaturperiode. Wir wollen das, was wir hier beraten, einbringen in das Programm für den nächsten Bundestagswahlkampf. Wir wollen es einbringen als Beschreibung dessen, was wir unter unserem Mandat für die nächste Legislaturperiode verstehen; was wir gern tun würden und wozu wir die Mehrheit der Menschen brauchen. Meine Freunde, an einem möchte ich hier keine Zweifel lassen: Es ist meine tiefste Überzeugung, daß die nächste Legislaturperiode eine schöpferische werden muß, die sich in ihrer Produktivität vergleichen können muß mit der Legislaturperiode 1953–57. In der Zeit von 1953 bis 1957 — und ich glaube, in den Jahren, wo wir unser 40jähriges Bestehen feiern, ist es angebracht darauf hinzuweisen — hat die Christlich Demokratische Union unter der Führung von Konrad Adenauer alle wesentlichen innen- und außenpolitischen Grundsatzentscheidungen getroffen, die bis heute die Bundesrepublik Deutschland prägen und bestimmen. Die gesamte soziale Ordnung, die gesetzliche Verwirklichung der Marktwirtschaft, die Europäische Gemeinschaft, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion, die Schaffung der NATO und der Bundeswehr, die Wiedererlangung der Souveränität, die Grundsteinlegungen der Bundesrepublik: all das hat

damals stattgefunden. Es war eine Legislaturperiode, wie sie in ihrem Reichtum und in der Fülle der Erneuerungen nicht jederzeit stattfinden kann.

Aber wir haben mit dieser Politik nicht nur unser Land und seine Menschen nach vorn gebracht, sondern wir haben unsere eigene Wirklichkeit tiefgreifend verändert. Was uns jetzt aufgegeben ist, ist die politische Gestaltung dieser neuen Wirklichkeit. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß diese Wirklichkeit von heute nur noch sehr wenig Ähnlichkeit mit der von vor 30 Jahren hat. Und daß deshalb auch die Institutionen, die Einrichtungen, die wir damals geschaffen haben, auf den Prüfstand der Erneuerung müssen. Für diese Erneuerung hat die Regierung Helmut Kohl in dieser Legislaturperiode hervorragende Voraussetzungen geschaffen.“

Erneuerungen nur mit optimistischen Menschen

Biedenkopf führte weiter aus, daß die politische Gestaltung aber nur dann gelingen könne, wenn die Bevölkerung bereit sei mitzumachen. Er stellte fest, daß es der Regierung Helmut Kohl zum ersten Mal wieder gelungen sei, die Bevölkerung positiv zu motivieren. Dies sei eine großartige Führungsleistung. Zum Mitmachen könne man Menschen nur dann bewegen, wenn sie optimistisch seien und Vertrauen in die Zukunft hätten. Dies gelte gerade dann, wenn Erneuerungen gefordert seien.

Biedenkopf ist davon überzeugt, daß es für diese zentrale Aufgabe keine Alternative zur CDU und ihrer Politik gibt. Die Auseinandersetzung mit der SPD müsse jetzt intensiv über die Art und Weise geführt werden, wie diese Chance der Erneuerung genutzt wird.



Für Deutschland **WIR IN DER CDU**

Materialien zur Mitgliederwerbung

In den letzten 15 Jahren haben wir die Zahl unserer Mitglieder von 300 000 auf mehr als 700 000 steigern können. Wir dürfen uns nun aber nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, denn wir wollen auch weiterhin eine Partei sein, die sich ständig erneuert. Darum sind jetzt alle Mitglieder und CDU-Verbände aufgefordert, in unserer neuen Mitgliederwerbungsaktion mitzumachen.

Eine Umfrage zur Mitgliederwerbungsaktion, die bereits in mehreren Ausgaben des „Deutschen Monatsblatts“ abgedruckt war, hat schon großen Erfolg gehabt: Viele Mitglieder haben sich bereit erklärt, im Rahmen von Einzelgesprächen oder als „CDU-Beauftragte für Mitgliederwerbung“ an dieser Aktion teilzunehmen.

Neue Mitgliederwerbungsaktion

Diese Mitgliederwerbungsaktion kann auf unterschiedliche Art und Weise durchgeführt werden: Am erfolgreichsten ist die gut vorbereitete „Gezielte Mitgliederwerbungsaktion“ eines CDU-Verbandes, die auf den nächsten Seiten kurz vorgestellt wird. Aber auch jedes einzelne Mitglied kann durch das persönliche Gespräch neue Mitglieder gewinnen.

Zur Unterstützung bieten wir eine Reihe hilfreicher Materialien an:

Leitfaden

„Mitgliederwerbung leicht gemacht“



Erfolgreiche Modelle für CDU-Verbände



Dieser Leitfaden beschreibt drei erfolgreiche Modelle, wie man Mitglieder werben kann. Er ist ein unentbehrlicher Begleiter für jedes an Mitgliederwerbung interessierte Mitglied.

Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 6,75 DM
Bestell-Nr.: 6704

Mitgliederwerbeprospekt

**Zehn Fragen,
die Sie sich
beantworten
sollten:**



Dieser Prospekt eignet sich hervorragend zur gezielten Weitergabe an interessierte Mitbürger. Die Fragen zeigen Anhängern der Union, daß sie Mitglieder der CDU werden sollten.

Mindestabnahme:
100 Stück

Preis
pro Mindestabnahme:
20,— DM

Bestell-Nr.:
6684

Faltprospekt

Die Tips in diesem Leitfaden machen es CDU-Mitgliedern leicht, erfolgreiche Mitgliederwerbegespräche im persönlichen Freundes- und Bekanntenkreis zu führen.

Mindestabnahme:
50 Stück
Preis
pro Mindestabnahme:
13,— DM
Bestell-Nr.:
6685

**So werben Sie
Mitglieder für
die CDU.**

**Hinweise, Tips und Argumente
für Ihr erfolgreiches Gespräch.**



Beitrittserklärung

Beitrittserklärung



Machen Sie die Politik zu Ihrer eigenen Sache. Das können Sie am erfolgreichsten in der Partei, die die stärkste politische Kraft in Deutschland ist: bei uns in der CDU.

Tragen Sie mit Ihren Gedanken und Ideen dazu bei, die politische Zukunft unseres Landes zu gestalten und lassen Sie sich anstecken von der Idee einer großen Volkspartei.

Mit Ihnen zusammen sind es über 700.000 Mitglieder überall in der Bundesrepublik Deutschland, die die politische Entscheidung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte mitbestimmen.

Machen Sie auch mit, kommen Sie zur CDU.

 **Für Deutschland
WIR IN DER CDU**

Die Beitrittserklärung gibt es in zwei Fassungen: mit Beitragsstaffel und ohne Beitragsstaffel für diejenigen Landesverbände, die individuelle Beitragsregelungen haben.

Mindestabnahme: 150 Stück
Preis pro Mindestabnahme: kostenlos!
Bestell-Nr.: (mit Beitragsst.) 6718
Bestell-Nr.: (ohne Beitragsst.) 6717

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold**



Willkommen- Schecks

CDU Mitglieder-Dienst

Willkommens- scheckheft

Das Heft enthält eine Reihe von Schecks, mit denen neue Mitglieder bei den Kreisverbänden spezielle Serviceleistungen anfordern können, um so einen Gesamtüberblick über die CDU zu erhalten.

Mindestabnahme: 25 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 9,25 DM

Bestell-Nr.: 0316

Die „Gezielte Mitgliederwerbbeaktion“

Diese von den Kreisverbänden organisierte Aktion läuft in zwei Phasen ab: Die von den Kreisverbänden benannten „Aktionsleiter“ koordinieren die Arbeit vor Ort und die „CDU-Beauftragten für die Mitgliederwerbung“ führen sie durch. Aktionsleiter und Beauftragte werden für ihre Aufgabe besonders geschult.

Unser Schulungsangebot

Auf Landesverbandsebene können die Aktionsleiter geschult werden. Sie müssen in der Lage sein, eine „Gezielte Mitgliederwerbbeaktion“ verantwortlich zu leiten. Nachdem der CDU-Bundesgeschäftsstelle die genaue Zahl der zukünftigen Aktionsleiter bekannt ist, werden die Termine von uns mit den Kreis- und Landesverbänden abgestimmt.

Auch die örtlichen „CDU-Beauftragten für Mitgliederwerbung“ müssen auf ihre besondere Aufgabe vorbereitet werden. Diese Schulung findet auf Kreisverbandsebene statt. Sie wird entweder von den Aktionsleitern durchgeführt oder — gegen Kostenbeteiligung des Kreisverbandes — von einem freien Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Schulungsfilm

Für die Schulung hat die Bundesgeschäftsstelle außerdem einen Videofilm produziert,

der in Fallbeispielen praxisnah zeigt, wie durch persönliche Gespräche erfolgreich Mitglieder für die CDU gewonnen werden können. Alle Verbände, die eine Schulung durchführen, können diesen Film — in den Systemen VHS, Beta und Video 2000 — bestellen bei:

**CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit,
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1**

Machen Sie mit!

Wenn Sie an unserer Mitgliederwerbbeaktion teilnehmen wollen, können Sie sich mit diesem Coupon anmelden:
(Wir leiten Ihren Namen dann an Ihren Kreisverband weiter)

Ich mache mit:

○ Als CDU-Beauftragter für Mitgliederwerbung möchte ich mich besonders engagieren. Schicken Sie mir bitte umgehend das „Aktionspaket für CDU-Beauftragte“.

Name, Vorname _____

Straße _____

Ort _____

Tel.: _____

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

*Diesen Weihnachtsgruß der CDU gibt es als Postkarte und Wandzeitung.
Die Postkarte können Sie bestellen beim
IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold*

.....bald ist Weihnachtsabend da

*Eine besinnliche Weihnachtszeit,
ein gesegnetes Fest
und ein glückliches
Neues Jahr wünscht
die CDU allen
großen und
kleinen Kindern.*



CDU

*Mindest-
abnahme: 50 Stück,
Preis
pro Mindest-
abnahme: 10,— DM,
Bestell-
nummer: 9722*

UID

37/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag:
Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon
(02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VWA-
Druck, Düsseldorf.